

2031 + X

Das Verfahren der Standortsuche für ein Atommüll-Endlager ist in vollem Gange. Doch die Schritte dahin werden von Bürger/-innen und der Anti-Atom-Bewegung kritisiert.

93

Sie prägte den wendländischen Widerstand wie kaum eine andere: Lilo Wollny. Im Oktober ist die unermüdliche Kämpferin gegen Gorleben im Alter von 93 Jahren gestorben.

1979

Vor 40 Jahren, 1979, machte in Deutschland der Gorleben-Treck nach Hannover Schlagzeilen. In den USA fand 1979 das No-Nukes-Festival in New York statt. Wir erinnern an beides.



Novemberblues? Ja! Aber wenn schon Blues, dann das Beste davon mitnehmen, und das sind die melancholischen, musikalischen Geschichten der Ungehörten, die Geschichten der Menschen, die sich mit den Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten des Lebens abmühen. Von diesem Mühen findet sich einiges in dieser Ausgabe, besonders wenn es um das Standortauswahlgesetz geht. Wolf-Rüdiger Marunde erklärt uns den Verfahrensverlauf, Wolfgang Ehmke berichtet von den Erfahrungen auf einer Veranstaltung des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit und über die Sicherheitsanforderungen, Miriam Staude bringt ihre Besorgnis über den Entwurf dazu im Interview zum Ausdruck, Zu lesen sein wird auch über die alternative Statuskonferenz in Hannover, die .ausgestrahlt angestoßen hat und an der die Bl Lüchow-Dannenberg und die AG Schacht Konrad beteiligt waren.



Elisabeth Hafner-Reckers ist die zweite Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Natürlich sind wir alle Atomkraftgegner, aber eben keine Atommüllgegner, und wir nehmen dieses Ringen und die Suche für den am wenigsten schlechten Standort für ein Atommüllendlager sehr ernst. Die Rollen bei diesem Ringen sind mal wieder klassisch verteilt: Da gibt es finanziell und personell gut ausgestattete Behörden - und auf Seiten der Bürgerinitiativen viel Ehrenamt - sprich: wenig Ehre, viel Amt - viele Wochenendtermine, viele Gespräche, viel Lesearbeit, viele Absprachen, viel Nachdenken, viel Suche nach Gutachten, die wir mit den Spendenbeiträgen finanzieren. Aber unsere Geschichte zeigt auch, dass die Rede an den "lieben Herrn Albrecht" vor 40 Jahren bis heute eine nie vermutete gute Wirkung zeigt. Mehr dazu im Bericht auf Seite 22.

Abschiednehmen gehört auch in dieser Ausgabe wieder dazu: Wir erinnern an Lilo Wollny, an den britischen Atomkraftgegner Martin Grant Forwood, an Wolf-Dieter Narr, der sich für die Wahrung der demokratischen Grundrechte eingesetzt hat, und an Sebastien Briat, der sein Leben im November vor 15 Jahren bei einer Ankettaktion gegen den Castor mit nur 22 Jahren verloren hat.

Wie es 2020 weitergeht? Natürlich mit dem Standortauswahlgesetz, mit Aktionen und Informationen. Los geht's schon am 1. Januar 2020 um 14 Uhr an der Beluga zum Neujahrsempfang der Bl. Denn entgegen allen Unkenrufen: Die Mitarbeit in der Bl ist nicht der Vorhof zur Hölle, sondern das Tor zu einem dem Leben zugewandten Einsatz für ein gutes Leben für uns alle.

Impressum

42. Jahrgang

Ausgabe 1072 November, Dezember 2019

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de redaktion@gorleben-rundschau.de www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac) Torsten Koopmann (kp) Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora Krohn (nk), Wilma Wallat (ww)

Produktion

Layout: Andreas Conradt Korrektorat: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover Recyclingpapier: Circle Silk Premium White Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/

-in mit dem Zusatz "/Gorleben Rundschau" frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

6. Septemer ◀

Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD, rechts im Bild) hat das Zwischenlager in Gorleben besucht. Dabei stellte Lies deutlich heraus, dass die Tage der PKA gezählt sind und sie zurückgebaut werden soll. Die stellvertretende BI-Vorsitzende Elisabeth Hafner-Reckers (links) kommentiert: "Wir sind froh, dass die Altlast PKA nun endgültig abgerissen werden soll. Seit Jahrzehnten haben wir uns gegen diese Anlage gestellt und werten es als Erfolg unserer Arbeit, dass sie nie in Betrieb ging und gehen wird. Wir werden aber den Prozess um den Rückbau weiter kritisch im Auge behalten."

Sommer ◀

Die Mauer, die das Endlagerbergwerk bei Gorleben bisher umgab, ist abgerissen worden. Stattdessen wurden die Bereiche, die für den Erhalt der Schachtanlagen vonnöten sind, neu eingezäunt. Der Schritt solle unterstreichen, dass der Salzstock nicht länger erkundet wird, heißt es von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Die BI Lüchow-Dannenberg hingegen warnt: Das Bergwerk selbst werde derzeit nicht zurückgebaut.







Sommer ◀ 06.09. ◀ 26.09. ◀

Das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) weist – zumindest auf Gemeindeebene – seit 2018 nur noch die Gesamtzahl der Geburten aus. Über die Gründe könne man nur spekulieren, so die BI Lüchow-Dannenberg (BI). Denn gerade erst hat Hagen Scherb vom Helmholz-Institut München darauf aufmerksam gemacht, dass bei den Geburten in den Orten Gorleben, Höhbeck und Langendorf in den Jahren 2007 bis 2017 die Zahl der Jungen doppelt so groß war wie die Zahl der Mädchen. Die Auswertung der Zahlen des LSN sei ein Grund, Nachforschungen anzustellen: In den Jahren 1996 bis 2006 wurden in diesen Gemeinden noch 89 Mädchen auf 81 Jungen geborgen, in den folgenden zehn Jahren kamen nur noch 43 Mädchen zur Welt, aber 86 Jungen. Hagen Scherb: "Die beiden atomaren Zwischenlager, das Transportbehälterlager (TBL) und das Fasslager für schwach- und mittelaktiven Müll, in Gorleben könnten hier eine noch unerkannte, kleinräumige Rolle spielen."

26. Oktober ◀

Ende Oktober fand im emsländischen Lingen die in diesem Jahr wohl einzige Anti-Atom-Demonstration statt. Sie richtete sich vor allem gegen den Weiterbetrieb der Uranaufbereitungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen. Beide Anlagen sind vom Atomausstieg ausgenommen und sollen auch über 2022 hinaus in Betrieb bleiben. Die Demonstration wurde auch von Aktivist/-innen aus dem Wendland unterstützt: Als Redner/-innen ware Kerstin Rudek und Günter Hermeyer geladen, für kämpferische Stimmung sortgte die Trommelgruppe Xamba.

7. November ◀

Am 7. November jährte sich zum 15. Mal der Tod des damals 22-jährigen französischen Aktivisten Sébastien Briat. Bei einer Aktion während des La Hague-Gorleben-Tranportes 2004 wurde Sébastien aufgrund einer Verkettung verschiedenster Ereignisse und Fehler vom Castor-Zug erfasst und tödlich verletzt. Verschiedene wendländische Widerstandsgruppen haben am Dannenberger Bahnhof des Ereignisses gedacht. Das Aufstellen eines Gedenksteins wurde ihnen von der Polizei verwehrt.



▶ 03.10. **▶** 26.10. **27.10. √** 07.11. **√**

Seit dem 3. Oktober werden Bilder aus dem Fotoarchiv von Ingrid und Werner Lowin unter dem Motto "Amateurfotographie – Vom Bauhaus zu Instagram" im Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg gezeigt. Einer von drei Teilen der Ausstellung heißt "Gesellschaft verändern!" und beleuchtet die Amateurfotografie als "demokratisches Instrument der Gesellschaftskritik in der Bewegung der Arbeiterfotografie der 1920er und 1930er Jahre und ihrer Verbindung zum Bauhaus, in der Protestkultur der 1970er Jahre und in den sozialen Netzwerken heute". Die Ausstellung stellt Instrumente wie "Protestselfies", partizipative Projekte oder Bildersammlungen von Bürgerjournalist/-innen vor, die zu aktuellen politischen Ereignissen Stellung nehmen.

► Meldung vom 3. Oktober

Am 27. Oktober begingen Atomkraftgegner/-innen aus dem Wendland das zehnjährige Jubiläums des Sonntagsspaziergangs um das Bergwerk in Gorleben. Gegründet im Herbst 2009 als Reaktion auf die Ankündigung der Bundesregierung, die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern zu wollen, hat der Spaziergang seitdem an jedem Sonntag stattgefunden - und wird es auch künftig tun: Immer um 13 Uhr, immer an den Atomanlagen in Gorleben.

Meldung vom 27. Oktober ◀

6. Oktober ◀

Martin Grant Forwood, Anti-Atom-Campaigner und Kenner der britischen Atomanlage Sellafield, starb Anfang Oktober. "Auch wenn es nie zu den angekündigten Transporten aus Sellafield nach Gorleben gekommen ist, so waren Sellafield und Gorleben doch die Kehrseiten einer Medaille: Verbunden als Kristallisationspunkte im Kampf gegen die Atomenergie", beschreibt Mathias Edler, ehemaliger BI-Pressesprecher und später Greenpeace-Atomexperte, die Beziehung zu Forwood, dessen Informationen wie technische Erklärungen der Wiederaufarbeitung in der BI sehr geschätzt wurden.

12. Oktober ◀

Aktivist und Menschenrechtler Wolf-Dieter Narr ist nach langer schwerer Krankheit gestorben. Er spielte eine wichtige Rolle für die Verteidigung von Grund- und Freiheitsrechten - unter anderem bei den Castortransporten nach Gorleben. Narr "hat als Intellektueller, nimmermüder Pazifist und radikaler Humanist die Geschichte der sozialen Bewegungen in Deutschland tatund wortkräftig mitgestaltet", schreiben seine Mitstreiter/ -innen des Komitees für Grundrechte und Demokratie.









06.10. ◀

11.10.

12.10.◀

Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) hat die neue Broschüre "Love Nature. Not Fascism." herausgegeben. Sie richtet sich an junge Menschen, die in einem Natur- und Umweltschutz aktiv sein wollen, der vielfältig ist statt ausgrenzend. Denn auch die nationalistische, völkische Rechte setze sich, so FARN, für den Schutz der Umwelt, der Natur und – bei ihr ganz wichtig – der Heimat ein. Sie wolle das Thema Umwelt- und Naturschutz "zurückerobern". Allerdings sei bei ihr dieses Engagement verbunden mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. "Deshalb ist es notwendig, genau hinzuschauen, warum und mit welchem Ziel sich eine Person oder Gruppe für ökologischen Landbau oder gegen Gentechnik einsetzt, bevor man sie unterstützt oder mit ihr kooperiert. Denn der Verzicht auf Demokratie und Menschenrechte kann und darf nicht der Preis für Natur- und Umweltschutz sein."

Meldung vom 11. Oktober

24. Oktober

Die bundesweit agierende Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hat neben Flyern und Broschüren zur Suche nach einem Endlager für Atommüll jetzt auch einen sechsminütigen Infoclip produziert, der kompakt erklärt, warum das laufende Suchverfahren keine gute Antwort auf die Atommüll-Frage liefert.

13. Dezember ◀

Der Deutsch Russische Austausch (DRA) veranstaltet Mitte Dezember ein Seminar im Donbas in der Ost-Ukraine. um dortigen Aktivist/-innen Mess- und Öffentlichkeitskompetenzen zu vermitteln. Die Region ist von Stahl- und Keramikwerken, Schwerindustrie, Kohlegruben und Atombombensprengungen gekennzeichnet. Es ist geplant, zivilgesellschaftliche Gruppen in die Lage zu versetzen, Umweltmonitoring zu erlernen und zu kommunizieren. Für ein erstes Seminar wurde auch die Fachgruppe Radioaktivität der BI angefragt.



Für das Frühjahr 2020 ist ein Transport von sechs Castoren mit hochradioaktivem Atommüll aus Sellafield/ England nach Biblis in das dortige Zwischenlager geplant. Die Behälter werden bereits beladen. Anti-Atom-Aktive aus Karlsruhe, Frankfurt, Kassel, Hamburg, Darmstadt, Neckarwestheim, Wiesbaden, aus der Pfalz, von der AG Schacht Konrad und von .ausgestrahlt haben bei zwei Treffen im August und Oktober gemeinsame Positionen erarbeitet und Protestaktionen geplant.

► Meldung vom 19. Oktober

Der Republikanische Anwält/-innen-Verein feiert im Dezember sein 40-jähriges Bestehen. Der RAV sieht sich als politische Interessenvertretung, deren Anliegen es ist, "den Vorrang der Menschenund Bürgerrechte gegenüber den Interessen staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen" zu sichern und herzustellen. Der Verein versteht sich als Teil der Bürgerrechtsbewegung und der neuen Sozialen Bewegungen. Aufgabe ist der "Kampf um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht". Gründungsmitglieder waren unter anderem Rupert von Plottnitz, Ulrich K. Preuß, Fritz Sack, Otto Schily, Hans-Peter Schneider, Rudolf Schöfberger, Gerhard Schröder und der erste Vorsitzende des Vereins Werner Holtfort.

Meldung vom 23. November



Leidenschaftlich gegen Gorleben

Zum Tod von Lilo Wollny am 24. Oktober 2019

Sie prägte den wendländischen Gorlebenwiderstand wie kaum eine andere: Lilo Wollny. Am 24. Oktober ist die unermüdliche Kämpferin im Alter von 93 Jahren gestorben. Jornalistin und Nachbarin Angelika Blank erinnert sich.

Lilo Wollny. Dieser Name stand über 20 Jahre beinahe als Synonym für den wendländischen Widerstand. Er stand für Kompromisslosigkeit, unbedingten Widerstandswillen aber auch für trockenen Humor und Menschenfreundlichkeit. Vergangene Woche ist die 93-jährige nach langer Krankheit gestorben.

Obwohl sie zunehmend die Welt vergaß, eines hat sie nie vergessen: ihr Engagement gegen die Gorlebener Atomanlagen. "Das war doch mein Leben" betonte sie fast empört, wenn jemand sie fragte, ob sie sich noch an Geschehnisse aus ihrer Widerstandszeit erinnert.

Dabei war der Hausfrau und fünffachen Mutter der öffentliche Widerstand nicht in die Wiege gelegt. Die Flucht aus dem zerbombten Hamburg mit nicht einmal 20 Jahren verschlug sie und ihre Familie nach Vietze.

Eigentlich wollte sie wieder zurück nach Hamburg, studieren, "die weite Welt erforschen". Stattdessen musste sie im elterlichen Haushalt und Betrieb helfen. Als mit dem Kriegsgefangenen Peter Wollny ihre große Liebe in den elterlichen Betrieb kam, waren die Pläne von Studium und weiter Welt endgültig für lange Zeit ad acta gelegt. Sie bekam fünf Kinder und beschäftigte sich fortan mit Kindern, Haushalt, Garten und der Leitung von Bäckerei und Café.

Als die Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg auf den Höhbeck kamen, fand sie durch ihre Englischkenntnisse eine neue Aufgabe: sie übersetzte für die Kriegssieger – und machte sich dadurch auch einige Feinde im Dorf.

Mit 50 Jahren, am 22. Februar 1977, änderte sich ihr Leben schlagartig. "Wir saßen vor dem Fernseher und erfuhren dort, dass Gorleben für die Ansiedlung eines nuklearen Entsorgungszentrums auserkoren worden war," erzählte Li-

lo Wollny. "Als damals dieser Albrecht strahlenden Gesichts auf dem Bildschirm erschien und verkündete, dass es Gorleben werden würde, war das einrichtiger Schock! Es war so, als wenn uns der Boden unter den Füßen weggerissen würde."

Von dem Moment wurde Lilo Wollny aktiv. "Ich wurde regelrecht aus dem Schlaf gerissen," erzählte sie. Sie engagierte sich in der gerade gegründeten Bürgerinitiative, wurde schnell eine ihrer Vorsitzenden und setzte sich fortan unermüdlich und kompromisslos gegen die Umsetzung dieser "unmenschlichen Pläne" ein. Plötzlich wurde aus ihr eine faszinierende Protagonistin des Widerstands. Journalisten aller Couleur gaben sich bei ihr die Klinke in die Hand. Eine 60-jährige Hausfrau und Mutter inzwischen sogar Großmutter - als Leitfigur des Widerstands? Das interessierte und brachte sie bis in bundesdeutsche Leitmedien.

In ihrer schlichten Art und zutiefst von der Richtigkeit des Widerstands überzeugt, motivierte sie Generationen von Gorlebengegnern, mit dem Kampf nicht nachzulassen. Unermüdlich eignete sie sich im Eigenstudium soviel Wissen über technische Bedingungen und politische Trickserein an, dass sie bald als Expertin in Sachen Endlagerung von Atommüll galt.

Ihre Überzeugungskraft und Fachkompetenz brachte sie dann 1987 in den Bundestag. Obwohl parteilos, saß sie für die Grünen bis 1990 im Parlament. Dabei blieb sie schlicht. Trotz umfassenden Fachwissens argumentierte sie aus der Sicht eines Menschen, dem die Heimat abhanden zu kommen droht. Und gleichzeitig plädierte sie immer dafür, selbst in den härtesten Auseinandersetzung Lebenslust und Gemeinschaftssinn nicht zu vergessen. All die jungen Menschen, die damals aus Berlin

ins Wendland pilgerten, um "den Gorleben-Widerstand zu unterstützen" fanden in ihrem Gartenhaus immer eine Unterkunft. Sie wurden zu "meinen Kindern". Dabei war es ihr wichtig, den Wert von Aufrichtigkeit zu vermitteln und das Widerstand nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht sei.

In der Sache war sie kompromisslos. Für sie war die Verhinderung eines atomaren Endlagers in Gorleben das Wichtigste, für das sie sich einzusetzen hatte. Als ihre jüngste Tochter den Konfirmandenunterricht schwänzte und der damalige Pastor sie deswegen erbost anrief, antwortete sie schlicht: "Na auf 1004! Wo denn sonst? Da gehört sie doch hin!" Die Tochter hatte sich entschieden, den Aufenthalt im Hüttendorf auf dem sogenannten "Bohrplatz 1004" dem Konfirmandenunterricht vorzuziehen

Für Lilo Wollny gab es keine richtigen oder falschen Gorlebengegner. Jede/-r, die/der den Kampf gegen Gorleben unterstützte, war ihr willkommen. Nur Gewalt oder politische Tricksereien waren ihr zuwider.

Ihr aktives Engagement für den Gorleben-Widerstand endete erst, als ihre Erkrankung ihr eine Teilnahme an Demonstrationen oder Kundgebungen nicht mehr erlaubte. Aber mit dem Herzen blieb Lilo Wollny bis zum Schluss all den "Widerständlern" da draußen verbunden.

Ihr Leben und Handeln wird noch für spätere Generationen mehr als eine Geschichtsstunde sein. Es ist die Geschichte einer Frau, die sich unerschrocken auch den höchsten politischen Autoritäten entgegen stellte und zeitlebens ein Motto vertrat: "Gegen die Menschen darf keine politische oder wirtschaftliche Macht ihre Interessen durchsetzen." Dieses Motto ist heute aktueller denn je.



Endlagersuche Die 2017 gestartete "neue Endlagersuche" läuft in drei Phasen ab. Wolf-Rüdiger Marunde erläutert die Struktur des Standortauswahlverfahrens.

Fünf Tage und fünf Stunden brauchte der letzte Castortransport im November 2011 nach Gorleben, so lange wie keiner vor ihm. Er war der dreizehnte mit hochradioaktivem Atommüll – und der vorerst letzte.

Drei Wochen zuvor hatte das baden-württembergische Umweltministerium das "Eckpunktepapier zur Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle in Deutschland" vorgelegt: Eine Abkehr von der alternativlosen "Erkundung" des Salzstockes Gorleben-Rambow, die in Wahrheit bereits der Ausbau eines Endlagers in Gorleben war. Die politische Entscheidung für den Salzstock Gorleben 1977, das dann folgende juristische Lavieren mit Bergrecht und Atomrecht, das Durchsetzen der Castortransporte ins Zwischenlager gegen zehntausende Demonstranten mit obrigkeitsstaatlichen Methoden, die schweren Auseinandersetzungen zwischen Bürger*innen und Polizei – diese Politik war nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Noch im Jahr 2011 vereinbarten SPD, Union und Bündnis 90/Die Grünen, die Suche nach einem Endlagerstandort neu zu starten – diesmal auf einer gesetzlichen Grundlage. Ergebnis war das "Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle", umgangssprachlich "Standortauswahlgesetz" genannt, abgekürzt "StandAG". Es wurde 2013 in einer ersten, 2017 dann in seiner endgültigen Fassung verabschiedet.

Die Behörden

Verantwortlich für das Standort-Auswahlverfahren ist seitdem eine neue Behörde, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE). Die geologischen Untersuchungen werden von einer ebenfalls neu gegründeten Firma im Bundesbesitz durchgeführt, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Das Auswahlverfahren erfolgt in drei Phasen

1. Phase: Identifizierung möglicher Standortregionen

Die BGE sammelt die bundesweit verfügbaren geologischen Daten von den Landesämtern für Geologie und selektiert auf dieser Grundlage die Gebiete in Deutschland, die sich ihrer Auffassung nach für die Errichtung eines Endlagers eignen. Diese Teilgebiete will die BGE im Herbst 2020 in einem "Zwischenbericht" veröffentlichen • Am Ende der ersten Phase schlägt die BGE die Standortregionen vor, die von der Oberfläche aus erkundet werden sollen, etwa durch



seismische Messungen 🛛 + 🕄 .

Das BfE nimmt diese Vorschläge entgegen, prüft sie und leitet sie an das Bundesministerium für Umwelt weiter. Nach einer weiteren Prüfung durch das Ministerium gehen die Vorschläge zur Abstimmung in den Bundestag. Nimmt er die Vorschläge an, werden sie Bundesgesetz. Dagegen ist dann nur noch eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht möglich.

2. Phase: Übertägige Erkundung von Standortregionen

Die BGE sammelt Daten in den ausgewählten Standortregionen und bewertet sie. Am Ende dieser Phase schlägt sie dem BfE mindestens zwei *Standorte* vor, die auch tiefengeologisch untersucht werden sollten.

Nun verändert sich die Prozedur: Das BfE prüft den Vorschlag und veröffentlicht ihn als Feststellungsbescheid. Gegen den können zugelassene Umweltverbände, Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Gemeinden, Grundstückseigentümer und die Gebietskörperschaften Klage erheben. Das BfE darf den Vorschlag erst an das Bundesministerium weiterleiten, wenn keine Klagen mehr offen sind, der Feststellungsbescheid also bestandsund rechtssicher ist. Erst danach kann das Verfahren weitergehen und der Bundestag den Vorschlag durch Abstimmung zum Gesetz machen.

3. Phase: Untertägige Erkundung und Standortentscheidung

Die BGE bewertet die Daten, die sie aus der tiefengeologischen Erkundung – etwa durch Bohrungen – gewonnen hat. Danach schlägt sie einen Standort für den Bau eines Endlagers vor. Auch dieser Vorschlag geht wieder an das BfE, das ihn prüft und dann als Feststellungsbescheid veröffentlicht. An dieser Stelle sind, genau wie am Ende der Phase 2, Klagen möglich. Danach geht der Standortvorschlag über das Ministerium

Glossar

BfE – Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit

BGE - Bundesgesellschaft für Endlagerung

StandAG – Standortauswahlgesetz (korrekt: Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle)

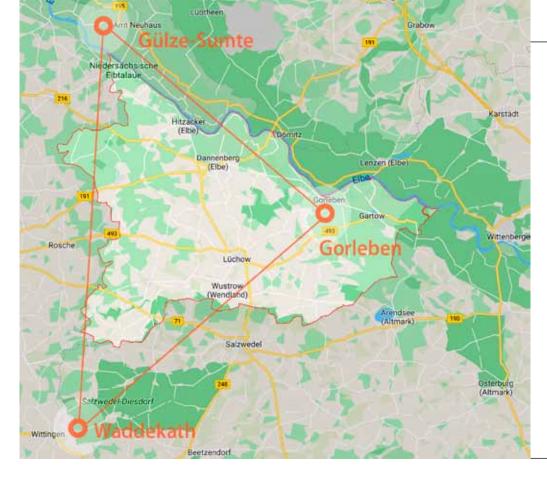
Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe:

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte –, die untertägig erkundet werden sollen (§16)

Gebiete > Regionen > Orte stehen für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.



Große Teile Lüchow-Dannenbergs liegen viel näher an den Salzstöcken Gülze-Sumte und Waddekath als an Gorleben. Beide wurden schon 1995 von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als mögliche Alternativen zu Gorleben vorgeschlagen.

an den Bundestag, der dann darüber abstimmt. Ist er Bundesgesetz, kann mit dem Bau des Endlagers begonnen werden. Dies soll, so will es das StandAG, spätestens 2031 der Fall sein.

► Die Öffentlichkeitsbeteiligung

• Fachkonferenz Teilgebiete

Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichtes Teilgebiete wird die Gründung einer bundesweiten "Fachkonferenz Teilgebiete" ausgelöst, die eine Stellungnahme zum Zwischenbericht abgeben kann. Diesem Gremium sollen Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Gebietskörperschaften der ermittelten Teilgebiete, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören.

Die Fachkonferenz Teilgebiete darf nur dreimal tagen und muss sich spätestens nach einem halben Jahr wieder auflösen.

Regionalkonferenzen

Sobald die Entscheidung über die zu untersuchenden Standortregionen gefallen ist, soll das BfE in jeder dieser Regionen eine "Regionalkonferenz" einrichten. Sie existiert so lange, wie die jeweilige Region im Verfahren bleibt. Auch dieser Konferenz sollen Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Gebietskörperschaften der ermittelten Teilgebiete, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören.

S Fachkonferenz Rat der Regionen

Die Regionalkonferenzen schicken wiederum Delegierte in die bundesweite "Fachkonferenz Rat der Regionen", in der neben den Regionen, die gerade erkundet werden, auch die Orte vertreten sind, an denen bereits hochradioaktive Abfälle zwischengelagert werden.

Grundsätzlich hat keine der Konferenzen das Recht, an Entscheidungen mitzuwirken. Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren bedeutet lediglich "Information" und "Konsultation".

Derzeitiger Stand des Verfahrens

Momentan befasst sich die BGE mit der Datenabfrage und der Da-

tenerhebung. Im dritten Quartal 2020, also in einem Jahr, will die BGE den "Zwischenbericht Teilgebiete" veröffentlichen. Er gibt, so der Geschäftsführer der BGE, Steffen Kanitz, "eine erste Orientierung darüber, welche Teilgebiete über günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen".

▶ Die Situation im Wendland

Selbst wenn Gorleben als Standort dereinst ausscheidet, könnte das Wendland betroffen sein: In der Lüchow-Dannenberger Region befinden sich außer dem Salzstock Gorleben-Rambow noch zwei weitere größere Salzstöcke, die die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits 1995 als mögliche Alternativen zu Gorleben eingestuft und zur Erkundung vorgeschlagen hat: Gülze-Sumte und Waddekath. Von Gülze-Sumte sind es 7 Kilometer Luftlinie bis Neu Darchau, Waddekath liegt 18 Ki-Iometer Luftlinie südwestlich von Schnega. Damit befinden sich große Teile des Wendlands westlich der Linie Dannenberg-Wustrow näher an einem dieser beiden Salzstöcke als an Gorleben.

David gegen Goliath

Anti-Atom-Aktivist/-innen verlassen Symposium unter Protest

Öffentlichkeitsbeteiligung Weil sie mit Floskeln abgespeist und mit ihren Einwendungen nicht ernstgenommen wurden, haben Vertreter/-innen der Anti-Atom-Bewegung das Symposium des Umweltministeriums in Berlin zu den Sicherheitsanforderungen an ein künftiges Atommülllager vorzeitig verlassen. Von Wolfgang Ehmke.

Seit zwei Jahren läuft das Standortauswahlverfahren für ein Atommülllager. Eine der Grundlagen dafür ist die Verordnung über Sicherheitsanforderungen an die Lagerung hochradioaktiver Abfälle und über Anforderungen an die Durchführung der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen. Sie legt fest, welche Sicherheitsanforderungen ein Endlager erfüllen muss und wie die Bewertung möglicher Standorte im Verfahren abläuft. Diese Fragen sind wesentlich für das Standortauswahlverfahren.

Den Referentenentwurf dieser Verordnung hat das Bundesumweltministerium (BMU) öffentlich zur Diskussion gestellt - im Internet und während eines Symposiums Mitte September in Berlin. Dort wurde der Verordnungsentwurf vorgestellt und seine Inhalte mit der Öffentlichkeit diskutiert. Außerdem bestand die Möglichkeit, zuvor abgegebene Stellungnahmen öffentlich vorzutragen. Das hat, neben anderen Playern in der Debatte, auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) getan.

"Mit den Verordnungen führen wir den Auftrag der Endlagerkommission weiter. Der darin festgehaltene Konsens ist für uns die Richtschnur für den Prozess der Standortauswahl. Zentraler Bestandteil der Endlagersuche sind Transparenz und weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten. Daher freuen wir uns auf viele konstruktive Beiträge und Anregungen während des Symposiums", sagt Staatssekretär Jochen Flasbarth im Vorfeld des Symposiums.

Ermunternde Worte, die aber so gar nicht zur allzu kurz gesteckten Frist bis zum 20. September für die Eingabe von Einwendungen passen wollten: Nur zwei Monate blieb der Öffentlichkeit ursprünglich, um Stellungnahmen abzugeben. Ein aussichtsloses Unterfan-



Pressesprecher Wolfgang Ehmke trägt beim Symposium in Berlin die Einwendungen der Bl Lüchow-Dannenberg vor.

gen, bedenkt man die Komplexität der Materie.

Kein Wunder, dass bereits zum Auftakt des Symposiums Asta von Oppen für die Rechtshilfe Gorleben protestierte und mehr Zeit für Beratungen forderte, damit von Umweltinitiativen wissenschaftliche Expertise eingeholt werden könne. Eine qualitative "Beteiligung" an der Fachdiskussion auf Augenhöhe erfordere Zeit, schließlich gehe es um essenzielle Fragen wie die Langzeitsicherheit bei der Atommülllagerung. Das BMU indes blieb ungerührt.

So war der Dialog auf dem Sym-

posium denn auch eine Farce. "Ein bisschen Kommentieren und Mitreden garantiert eben keine Einflussnahme", kommentierte BI-Vorsitzender Martin Donat. Das BMU indes blieb ungerührt. Dabei war die Kritik der Anti-Atom-Bewegung durchaus massiv: Schwammig, widersprüchlich und unkonkret seien die rechtlichen Leitplanken für die Endlagersuche, so der erste Eindruck. Völlig ungeklärt sei, ob eine Verordnung der BMU-Administration die wissenschaftlichen und planerischen Vorgaben des Standortauswahlgesetzes (StandAG) überregeln und so durch Interpretation eine "genehme Ausgestaltung" des Gesetzes vorgenommen werden könne.

Das BMU indes blieb ungerührt. Wenn es bei Fragen kritisch und konkret wurde, wenn Antworten auf Fragen an den Referentenentwurf erwartet wurden, wurden die Fragesteller/-innen mit der immer gleichen Litanei abgespeist: "Wir werden ihre Aussagen gründlich prüfen."

Am zweiten Tag des Symposiums war's dann genug! Vertreter/-innen der Anti-Atom-Bewegung verließen den Saal unter Protest. Martin Donat brachte es nach dem Auszug der Davide, die sich an der Phalanx der BMU-Goliathe nicht länger abarbeiten wollten, auf den Punkt. Bei einem Nachgespräch mit dem Abteilungsleiter für die nukleare Sicherheit, Wolfgang Cloosters, sagte er: "Wissen Sie, was ein Double-Bind ist? Ich sage Ihnen, Ihre Fragen sind sehr wichtig, das ist wirklich ein diffiziles Thema und wir müssen darüber mal in Ruhe reden. Aber wissen Sie was, mein Zug fährt in fünf Minuten."

Immerhin hatte der Eklat auch etwas Gutes: Nach dem Symposium hat das BMU die Einwendungsfrist um zwei Monate bis zum 20. November verlängert.

		2011	Standortauswahlverfahren für ein Atommüll-"End″-Lager	ıswahlverfahren für ein Atommüll-"End″-Lager
2011 legt das baden-württembergi- sche Umweltministerium das "Eck- punktepapier zur Endlagerung Wär- me entwickelnder radioaktiver Abfäl-		2012	Gebiete > Regionen > Orte stehen für ein einengendes Auswahlverfahren Teilgebiete – Gebiete, die für die Endlagerung grundsätzlich in Frage kommen Standortregionen – Regionen, die obertägig erkundet werden sollen Standorte – Orte, die untertägig erkundet werden sollen R#E – Rindesam für kentechnische Entsorgingssisherheit	ionen > Orte stehen für ein einengendes Auswahlverfahren ete, die für die Endlagerung grundsätzlich in Frage kommen regionen – Regionen, die obertägig erkundet werden sollen Standorte – Orte, die untertägig erkundet werden sollen RFF – Rundesamt für kenntechnische Entegrandssicherheit
Abkehr von der alternativlosen "Erkundung" des Salzstockes Gorleben-Rambow. Anschließend einigen sich		2013	BGE - Bundamin in norman BGE - Bundamin in Nor	BGE – Bundesgesellschaft für Endlagerung BMU - Bundesumweltministerium StandAG – Standortauswahlgesetz
auf einen Neustart der Endlagersuche 2013 wird das Standortauswahlgesetz		2014	Von 2014 bis 2016 tagt die so genannte Atommüllkommission und erar-	
in seiner 1. Fassung vom Bundestag beschlossen		2015	beitet das Standortauswahlgesetz	
		2016		
		2017	Ende 2016 gremium	Ende 2016 wird das Nationale Begleit- gremium eingerichtet, um die Endla-
2017 wird das Standortauswahlgesetz in seiner 2. Fassung vom Bundestag			ger-Suche besteht a besteht e Phase I fentlichen	ger-Suche vermittelnd zu begleiten. Es besteht aus Persönlichkeiten des öf- fentlichen Lebens und aus Bürger/-in-
beschlossen		2018		nen, die in einem Beteiligungsverfah- ren nominiert werden
		2019	gen. Auf Grund von Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geologischen Abwägungskriterien werden Teilgebiete durch die BGE	
		2020		
Beteilig die bun Teilgeb	Beteiligung der Öffentlichkeit durch die bundesweite "Fachkonferenz Teilgebiete", die sich mit dem Zwi-	2021	Die BGE stellt den Zwischenbericht über die Teilgebiete vor	
schenb	schenbericht der BGE befassen soll		Die BGE schlägt dem BfE Regionen	

					Die BGE veröffentlicht die Vorschläge	orten in einem Bericht und übermittelt diesen an das BfF Nach Priifung er-	geht ein Feststellungsbescheid, gegen den geklagt werden kann								
vor. die übertägig erkundet werden	sollen. Das BfE übermittelt den Vorschlag und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung an das BMU	Bundestagsbeschluss über übertägig zu erkundende Standortregionen	Phase II	Übertägige Erkundungsarbeiten an den in Phase I ausgewählten Stand- orten samt Sicherheits- und sozio- ökonomischer Potenzialanalysen		Feststellung der Bestands- und Rechtssicherheit des – ggf. modi-	fizierten – Feststellungsbescheids. Der Bundestag erhebt den Bescheid durch Abstimmung zum Gesetz	Phase III	Untertägige Erkundung von min. zwei Standorten samt vorläufiger Sicherheitsuntersuchung und Umweltverträglichkeitsprüfung			Die BGE vergleicht die Standorte	ort vor. Das BfE prüft den Vorschlag und gibt ihn als Feststellungs-	bescheid an die Bundesregierung. Ein Bundesgesetz zum Standort wird verabschiedet	
	2022	2023	2024	2025		2026	7000	7202	2028	2029	2030		2031		
	Jede Region und jeder Standort, an dem heute schon Atommüll lagert, entsendet eine/-n Vertreter/-in in den "Rat der Regionen"				Klagemöglichkeit durch Umweltverbände, Bürgerinnen und Bürger der betroffe- nen Gemeinden, Grundstückseigentümer und die Gebietskörperschaften		Die Fachkonferenz "Rat der Regi- onen" begleitet das Verfahren aus überregionaler Perspektive					I	Klagemöglichkeit durch Umweltverbände, Bürgerinnen und Bürger der betroffe- nen Gemeinden, Grundstückseigentümer und die Gebietskörperschaften	Mit der Festleaung auf einen Stand-	ort wird die Fachkonferenz "Rat der Regionen" aufgelöst
	Jede R dem h entsen den "R				Bürgerinn und die Ge	1	Die Fach onen" b überregi						Bürgerinner und die Gebi	Mit der F	ort wird Regionel





Sicherheit Welche Anforderungen werden an die Sicherheit eines Atommülllagers gestellt? Wie wird die Sicherheit bewertet? Die Beantwortung dieser Fragen ist wesentlicher Teil des Standortauswahlverfahrens. Das Bundesumweltministerium hat dazu den Entwurf einer Verordnung publiziert und die Öffentlichkeit um Stellungnahmen gebeten. Wolfgang Ehmke kommentiert das Papier aus Sicht der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Der Entwurf geht wie selbstverständlich davon aus, dass hochradioaktive Abfälle in tiefengeologischen Schichten endgelagert werden. Als Gesteinsformationen kommen demnach Salz, Ton und Kristallin in Frage.

Schon diese Fixierung auf ein tiefengeologisches Endlager hält die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) für falsch. An keiner Stelle des Entwurfs wird ein Türchen dafür geöffnet, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Möglichkeiten zu einem Rücksprung bei der Endlagersuche führen können, um beispielsweise eine Lagerung in tiefen Bohrlöchern zu präferieren.

Ein Endlager? Oder zwei?

Im Standortauswahlgesetz (Stand AG) war ursprünglich davon die Rede, dass ein Endlager für "insbesondere" hochradioaktive Abfälle errichtet werden soll. Das rief seinerzeit Kritik hervor, weil befürchtet wurde, dass am Ende ein einziges Atommülllager für alle Arten von strahlendem Müll entstehen könnte. Zusammen mit anderen Playern hatte die Anti-Atom-Bewegung auf die Streichung des Wörtchens "ins-

besondere" hingewirkt. Unklar blieb daraufhin aber, wohin die Abfälle, die möglicherweise eines Tages aus der havarierten Asse II geborgen werden, verbracht werden und was mit dem Müll aus der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen geschehen soll.

Im jetzt vorgelegten Entwurf ist nun aber erneut die Rede davon, dass am Standort eines prospektiven Endlagers für hochradioaktiven Müll auch ein weiteres, "separates" Bergwerk aufgefahren werden soll - räumlich und infrastrukturell getrennt voneinander -, das schwach- und mittelaktive Abfälle aufnehmen soll, es sei denn, das Volumen dieser Abfälle wäre geringfügig. Ein zweites Endlager am gleichen Standort? Ist das nicht die klammheimliche Rückkehr des Wörtchens "insbesondere"?

Folgt man nämlich der neuen Formulierung, wird klar, dass eine weitere Schachtanlage am gleichen Standort unweigerlich errichtet werden muss: Das Bundesumweltministerium (BMU) selbst schätzt die Menge des Atommülls allein aus der havarierten Asse auf 175000 bis 220000 Kubikmeter, also ein Vielfaches der

rund 24000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle. Und auch die Atomanlagen in Gronau und Lingen mit ihren unbegrenzten Laufzeiten produzieren strahlenden Müll. Das BMU geht hier von rund 100000 Kubikmetern aus. Die sich daraus abzeichnende Notwendigkeit, zwei Endlager an einem Standort zu errichten, hat erhebliche Folgen für die Auswahl in Frage kommender Standorte: Erstens lassen die Referenten offen, ob zwei Endlager in einem einschlusswirksamen Gebirgsbereich errichtet werden sollen. Und zweitens, das ist besonders wichtig, reduziert sich durch das große Abfallvolumen und den großen Flächenbedarf die Zahl möglicher Standorte für ein "bestmögliches" Endlager, was zu Lasten der Sicherheit beim Endlager für hochradioaktiven Müll gehen könnte

Fair und wissenschaftlich notwendig wäre einzig der Verzicht auf den Schacht Konrad für schwach- und mittelaktive Abfälle, in den die Asse-Abfälle und der Müll aus der Urananreicherung aus Sicherheitsgründen ohnehin nicht verbracht werden darf. Die Suche für ein separates Endlager für die schwach- und mittelakti-



ven Abfälle muss also ebenfalls neu beginnen. Es muss auch hier ein vergleichendes Verfahren geben und die Nachnutzung eines Erzbergwerks – wie beim Schacht Konrad – muss aus Sicherheitsgründen ein Tabu bleiben.

Erst wenn klar ist, dass nur ein Endlager an einem Standort in einem eignungshöffigen Wirtsgestein errichtet werden soll, kann man folglich Aussagen zum Sicherheitskonzept treffen.

► Ereignisse – zu erwarten oder rein hypothetisch?

Der jetzt vorliegende Entwurf unterscheidet bei der Betrachtung der Langzeitsicherheit zu erwartende, abweichende und hypothetische Entwicklungen innerhalb des Nachweiszeitraums von einer Million Jahren. Völlig unverständlich ist, dass unter "hypothetischen Entwicklungen" das "unbeabsichtigte menschliche Eindringen" in das Endlager gefasst wird, statt es unter "zu erwartende" Entwicklungen zu fassen.

Abweichende und hypothetische Entwicklungen des Endlagersystems dürfen bei einer Sicherheitsuntersuchung nicht aussortiert werden, also nicht unter den Tisch fallen, es sei denn, es wird eingeräumt, dass der Nachweiszeitraum von einer Million Jahren einfach nur "gegriffen" und deshalb auch gar nicht beherrsch-

bar ist. Aus Sicht der BI gehören die Aspekte "Einwirkungen Dritter" und die Proliferationsgefahr nicht als unwahrscheinlich herabgestuft. Die Welt ist kein friedlicher Ort, und es spricht wenig dafür, dass sich das in der Zukunft ändern wird.

► Keine Sicherheit ohne Barriere

Der unabdingbare Hinweis auf die Notwendigkeit eines wasserabweisenden Deckgebirges über dem einschlusswirksamen Gebirgsbereich als wesentliche Barriere wurde im StandAG leider degradiert zu einem bloßen Abwägungskriterium. Ohne eine solche Sicherheitsbarriere gibt es aber keine "Sicherheit". Schon im "Zwischenbericht" der Physikalischen Bundesanstalt (PTB) aus dem Jahr 1983 zum Salzstock Gorleben hieß es, dass bereits nach 600 Jahren nördlich der Elbe der Austritt kontaminierter Wässer zu erwarten sei, weil die tonigen Sedimente über dem Salzstock Gorleben keine Rückhaltefunktion hätten - sie sind auf einer Fläche von rund 7,5 Quadratkilometern nicht durchgängig.

Nachrichten an die ferne Zukunft

Im Entwurf heißt es dazu: "Die Dokumentation [über Lage und Art des Atommülllagers, Anm. d. Red.] muss an mindestens zwei räumlich und organisatorisch voneinander getrennten Stellen möglichst langfristig verfügbar und lesbar gehalten werden." Die Dokumentationspflicht endet dem Entwurf zufolge mit Ablauf von 500 Jahren nach Verschluss des Endlagers.

Setzen die Autoren hier auf das Vergessen und Verschwinden? Die Menschheitsgeschichte ist ja davon geprägt. Axel Hacke umreißt in einem Beitrag für das SZ-Magazin, was so alles dem Vergessen und Verschwinden anheimfallen wird, und man kann die Liste fortsetzen: Die DDR zum Beispiel ist schon weg und man erinnert kaum noch, wo einst die Mauer in Berlin stand. Die Gletscher verschwinden, kommen aber vielleicht mit den Eiszeiten in den nächsten eine Million Jahren zurück und schieben den Atommüll durchs Land. Bedroht sind auch die Handschrift, die Zeitungsleser, die SPD, das Dieselauto, die Metzgerei um die Ecke... Fragen Sie mal Schüler/-innen einer 10. Klasse, was ein Walkman war.

Im Ernst: Nötig wären Forschungsaufträge, wie über Ewigkeitszeiträume hinweg kommunizierbar ist, wo der Atommüll vergraben wurde. Schließlich darf er bei der Suche nach Rohstoffen nicht wieder ausgegraben werden. In 500 ebensowenig wie in 100 000 Jahren.





"Das bleibt eine Black Box!"

Interview mit der Grünen-Politikerin Miriam Staudte

Politik Die atompolitische Sprecherin der Grünen im niedersächsischen Landtag hat viel Kritik am Verfahrenm der neuen Endlagersuche. Auch den Entwurf für die Sicherheitsanforderungen bemängelt Miriam Staudte. Andreas Conradt sprach mit ihr am Rande der Alternativen Statuskonferenz der Anti-Atom-Bewegung.

▷ Seit Kurzem liegt der Entwurf für die Sicherheitsanforderungen an ein künftiges Atommülllager vor. Daumen hoch oder runter?

Es gibt einen ganz grundsätzlichen Webfehler bei den Sicherheitsanforderungen: Sie konterkarieren das vergleichende Verfahren, das das Standortauswahlgesetz vorgibt. Man hat einfach auf die alten Sicherheitsanforderungen aufgesattelt und das Prinzip des Vergleichs an keiner Stelle aufgenommen. Dabei müssten die Sicherheitsanforderungen eigentlich an die vergleichende Standortsuche angepasst werden.

Sie sind wichtig, weil sie im ganzen Verfahren immer wieder herangezogen werden, um die potenziellen Standorte daran zu messen

 □ Gibt es darüber hinaus Kritik an dem Entwurf? Ein weiterer Fehler ist die Behandlung des Restrisikos: Es wird in wahrscheinliche, unwahrscheinliche und hypothetische Entwicklungen unterschieden, wobei die beiden letzten nicht mit den gleichen Anforderungen belegt werden sollen. Eigentlich müsste man aber durch Tschernobyl und Fukushima gelernt haben, dass ein ,Restrisiko' kein Konzept ist, an dem man sich orientieren kann. Schon gar nicht, wenn das menschliche Eindringen in den Einlagerungsbereich - zum Beispiel durch Rohstoffsuche - als hypothetisch eingestuft wird. Das ist absurd.

> Warum?

Weil unter Salzstöcken häufig Gasvorkommen zu finden sind, ist die Gefahr menschlichen Eindringens dort viel größer als bei einer Granitformation. Wenn es diese Unterschiede gibt, kann man die Sicherheitsanforderungen nicht überall gleich formulieren. Eigentlich müsste man für die drei denkbaren Wirtsgesteine unterschiedliche Anforderungen aufstellen.

Ohnehin wäre es dringend geboten, erstmal Standorte innerhalb desselben Wirtsgesteins miteinander zu vergleichen, und erst dann den jeweils besten Standort in Ton, Salz und Granit gegenüberzustellen und diese zu vergleichen.

▶ Warum wird stattdessen so lasch verfahren?

Ich glaube, dass die Akteure das StandAG und dessen Forderungen überhaupt nicht verinnerlicht haben. Stattdessen wollen ganz viele an den alten Mechanismen festhalten.

▶ Wer genau?

Das ist ja gerade das Problem: Man weiß nicht, wer an den Sicherheitsanforderungen gearbeitet hat. Das bleibt eine Black Box.

▷ Könnte das in einem Jahr auch mit dem Zwischenbericht so sein? Dann sollen ja erstmals Regionen benannt werden, die für die Errichtung eines Endlagers potenziell in Frage kommen. Ja. Eigentlich müsste man die Benennung der Teilgebiete aussetzen, solange es kein Geologie-Daten-Gesetz gibt. Das aber will das BfE nicht! Uns ist zwar ein lernendes Verfahren versprochen worden, tatsächlich bekommen wir aber ein galoppierendes Verfahren. Das allergrößte Ziel ist es, den Zeitplan einzuhalten.

Dohne das Gesetz können Daten von privaten Firmen nicht veröffentlicht werden, was wiederum Transparenz im Verfahren erschwert. Ist nicht das Bestreben der Unternehmen verständlich, Geo-Daten, die sie auf eigene Kosten und aus wirtschaftlichem Interesse erhoben haben, geheim zu halten?

Betriebswirtschaftlich ist das nachvollziehbar, aber da muss eine Gewichtung der Interessen stattfinden. Im Übrigen gibt es ja immer eine Schutzfrist, in denen das Unternehmen, das die Daten erhoben hat, die alleinigen Rechte zum Abbau von Rohstoffen hat.

▶ Wie wird man mit Regionen verfahren, von denen überhaupt keine Daten vorliegen?

Da gibt es eigentlich nur eine Antwort: Die Daten müssen erhoben werden, um in der ganzen Bundesrepublik die gleiche Ausgangssituation zu haben. Bislang ist geplant, diese Regionen auch nach der Benennung von Teilgebieten im nächsten Jahr im Verfahren zu belassen. Das kann man machen, solange es um die Ausschlusskriterien geht. Aber bei einem Vergleich der Mindestanforderungen würden Regionen ohne Daten automatisch rausfallen.

▷ Ist im Angesicht der komplexen Thematik, die sich über viele Fachgebiete erstreckt, eine nennenswerte Beteiligung von Laien überhaupt zu leisten?

Meine Erfahrung ist, dass Laien, die sich engagiert in eine Thematik einarbeiten, über kurz oder lang auch mit Fachleuten auf Augenhöhe diskutieren können. Oft sind sie ja auch viel länger mit



Andreas Conradt im Gespräch mit der Grünen-Politikerin Miriam Staudte

dem Thema beschäftigt als Fachleute, die mal schnell in eine andere Behörde wechseln und dann thematisch etwas völlig anderes bearbeiten. Es war immer ein Sicherheitsgewinn, wenn Vorgehen und Daten von Bürgerinnen und Bürgern misstrauisch begutachtet wurden. Aber das braucht Zeit! Eine Frist zur Stellungnahme von nur drei Monaten, wie sie für die Fachkonferenz Teilgebiete nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts nächsten Herbst vorgesehen ist, ist natürlich absurd.

Nicht gerade eine vertrauensfördernde Maßnahme?

Nein. Obwohl man darum ja gerade so bemüht ist: Auf den Infoveranstaltungen des BfE wurde immer wieder gesagt: "Wir brauchen Vertrauen!" Das ist aber eine falsche Forderung. Man braucht Beteiligung.

▶ Bei all der Kritik: Ist die neue Endlagersuche noch zu retten?

Es ist beunruhigend, dass einzelne Bundesländer sich schon ausgeklinkt haben und mitteilen, bei ihnen gebe es keine geeigneten Regionen. Wenn das Standortauswahlgesetz überhaupt eine Chance auf ein Ergebnis haben soll, dann muss es in der Umsetzung eher verbessert werden und nicht verschlechtert. Nur sehe ich diese Verbesserungen im Moment nicht.

Glossar (Quelle: BUND)

Ausschlusskriterien

Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen.

Mindestanforderungen

Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls in Frage kommen können müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein.

Abwägungskriterien

Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen.





Öffentlichkeitsbeteiligung selbstgemacht

Anti-Atom-Initiativen luden zur Alternativen Statuskonferenz

Szene Standortauswahlgesetz, Nationales Begleitgremium, neue Endlagersuche – die Anti-Atom-Bewegung kritisiert immer wieder Intransparenz und lückenhafte Bürgerbeteiligung. Dass und wie es besser geht, wollte sie Anfang November mit der Alternativen Statuskonferenz beweisen. Von Andreas Conradt

Seit 2017 läuft die neue Suche nach einem Standort für ein tiefengeologisches Lager für hochradioaktiven Atommüll. Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) veranstaltet dazu jährlich eine Statuskonferenz zur Standortsuche, in diesem Jahr fand sie Mitte November in Berlin statt.

"Ziel (...) ist es", so steht es auf der Website des BfE, "gemeinsam mit den Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung sowie Vertreterinnen und Vertretern der engagierten Öffentlichkeit über den aktuellen Stand und die Herausforderungen bei der Standortauswahl für das Endlager für hochradioaktive Abfälle zu diskutieren und Handlungsbedarfe zu identifizieren."

Doch erfahrungsgemäß richten sich diese offiziellen Konferenzen in erster Linie an ein Fachpublikum und finden deshalb unter der Woche statt. Für viele berufstätige Interessierte ist die Teilnahme damit unmöglich. So bleiben "die üblichen Verdächtigen" – Behördenverteter/-innen, Politiker/-innen und einzelne Vertreter/-innen der Anti-Atom-Bewegung – bei den Konferenzen des BfE häufig unter sich.

Wenn in rund einem Jahr erste Zwischenergebnisse bekanntgegeben werden und viele Betroffenen zum ersten Mal davon erfahren, dass sie in einem potenziell für ein Endlager geeigneten Gebiet leben, haben die Behörden schon drei Jahre daran gearbeitet. Für Menschen, die sich in ihrer Freizeit in die Materie einarbeiten wollen, ist dieser Vorsprung dann nicht mehr aufzuholen. "Deshalb ist es notwendig, dass sich potenziell Betroffene schon jetzt mit der Problematik auseinandersetzen",

so Jochen Stay von .ausgestrahlt. Anfang November luden darum die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und die bundesweit agierende Initiative .ausgestrahlt auf einen Samstag zur Alternativen Statuskonferenz nach Hannover ein. Sie richtete sich an einen breiteren Kreis, an potenziell Betroffene aus Gebieten mit Salz-, Ton- oder Granitvorkommen und an Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik.

Geprägt war die gut besuchte Konferenz vor allem von Informationsvermittlung über die kritischen Aspekte der Standortsuche. So offenbarte sie Menschen aus potenziell betroffenen Regionen einen soliden Einstieg ins Thema. Und sie zeigte ein Grundübel der "neuen Endlagersuche" auf: mangelnde Transparenz.

Denn wenn wesentliche Teile des Verfahrens ohne Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen werden, dann helfen auch oberflächlich informativ gestaltete Webseiten nicht. Die Bloggerin Angela Wolf erkennt diesen Geist schon im Text des Standortauswahlgesetzes, in dem es heißt, dass "alle wesentlichen" Teile des Verfahrens veröffentlicht werden sollen, ohne aber konkret zu benennen. welche Teile damit gemeint sind - und in welcher Form und welchem Umfang diese Veröffentlichungen erfolgen sollen. Eine derart schwammige Formulierung lasse alles und nichts gleichermaßen zu. "Die Institutionen brennen ein Feuerwerk der Öffentlichkeitsarbeit ab, lassen aber die wesentlichen Fakten geheim", postulierte auch Jochen Stay.

Dass sie damit nicht allein sind, machte Wolf in einem Exkurs zum fehlenden Geologie-Daten-Gesetz deutlich: Nach der Anhörung zum seit Juli dieses Jahres vorliegenden Referentenentwurf sei deutlich geworden, dass private Unternehmen, die die Daten einst aus wirtschaftlichem Interesse erhoben haben, keinerlei Interesse an Veröffentlichung hätten. Nicht unbedingt, um selbst Ton, Salz oder Granit abzubauen, sondern, so mutmaßt der Fachjournalist Jürgen Voges, um hohe Entschädigungsleistungen fordern zu können: "Gut möglich, dass die Unternehmen pokern!" Sollte dieses lang versprochene Gesetz im Herbst 2020 immer noch nicht vorliegen, werden die Gründe für oder gegen Teilgebiete für Außenstehende nicht erkennbar sein. Genau diese Nachvollziehbarkeit ist aber als das Rückgrat der "neuen Endlagersuche" versprochen worden. Wird von diesem Prinzip der öffentlichen Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen abgewichen, rückt die neue in gefährliche Nähe zur alten Endlagersuche.

Die sieht sie Ursula Schönberger von der AG Schacht Konrad ohnehin schon: "Zu einer neuen Atommüllpolitik würde gehören, sich konsequent von alten, gescheiterten Projekten zu verabschieden, alle radioaktiven Abfälle in den Blick zu nehmen und eine ernst-

hafte gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit radioaktiven Abfällen zu führen." Stattdessen werde die verfehlte Politik der letzten fünf Jahrzehnte fortgeführt - "begleitet von einer Serie von Veranstaltungen, die Beteiligung suggerieren soll, den Bürger/-innen aber keine Rechte zugesteht". Die fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten bemängelt auch Miriam Staudte, atompolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion in Niedersachsen. Sie verweist auf den kürzlich veröffentlichten Referentenentwurf zu den Sicherheitsanforderungen an ein künftiges Endlager: "Wenn nur ein fertiger Entwurf vorgelegt wird, aber nicht die zugrundeliegenden Überlegungen und Kontroversen, dann gibt es in der Öffentlichkeit keine Mitwirkung, sondern nur eine Wirkung."

Wolfgang Ehmke von der Bl Lüchow-Dannenberg treiben noch ganz andere Sorgen um. Als Verteter des einzigen derzeit im Verfahren benannten Standorts - Gorleben - stellt er die Frage, wer die Zeche für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle, die Betriebs- und Nachbetriebsphase und die Zwischenlagerung aller atomaren Abfälle zahlt. Da es keine Nachschusspflicht der Stromkonzerne in den für die Atommülllagerung vorgehaltenen Fonds gibt, werde die Ausgestaltung der Endlagersuche am Ende von Haushaltsberatungen der jeweiligen Regierungskoalitionen bestimmt. "Infrage steht vor allem eine breit angelegte untertägige Untersuchung mehrerer Standorte in der Schlussphase der Endlagersuche. Damit wächst die Gefahr, dass auf das Bergwerk im Salzstock Gorleben zurückgegriffen wird, zumal es ja immer noch im Stand-By-Betrieb gefahren wird."

In einer Mitteilung der BI nach der Alternativen Konferenz in Hannover kommt aber auch Ehmke wieder auf den Kern der Veranstaltung zu sprechen: "Ohne Transparenz wird die Suche schon im ersten Schritt von den Verantwortlichen, in diesem Fall dem Gesetzgeber, gegen die Wand gefahren."



Fachvorträge und Diskussionen prägten die Alternative Statuskonferenz der Anti-Atom-Initiativen .ausgestrahlt, AG Schacht Konrad und BI Lüchow-Dannenberg am 9. November in Hannover.

"Mein lieber Herr Albrecht...!"

Im Dezember erscheint der Begleitband zur Ausstellung "Der Gorleben Treck – 40 Jahre danach"

Geschichte Im neuen Buch des Gorleben Archivs berichten Menschen aus sehr unterschiedlichen Milieus, wie die Protestbewegung ihr Leben veränderte und aus dem extrem konservativen Landkreis Lüchow-Dannenberg ein neues Wendland machte. Von Wolf-Rüdiger Marunde und Gabi Haas.

Ein junger Landwirt aus Lüchow-Dannenberg hielt an einem regnerischen und kalten Märztag 1979 in Hannover eine legendäre Rede. Er begann mit der Anrede "mein lieber Herr Albrecht...", dann las er seinem Ministerpräsidenten die Leviten. Hunderte seiner Berufskolleginnen und -kollegen waren mit ihm in die Landeshauptstadt gekommen, viele tausend Menschen aus dem Wendland und zehntausende aus der ganzen Republik. Hunderttausend demonstrierten damals, trotz Kälte und Regen, gegen die Atompolitik der Landesregierung - "mein lieber Herr Albrecht!" Die niedersächsische Landesregierung wollte - auf Druck der Bundesregierung unter Kanzler Schmidt - in Lüchow-Dannenberg ein nukleares Entsorgungszentrum in industrieller Größenordnung errichten: Atommüll zwischenlagern, "wiederaufbereiten" und ein Endlager in den Salzstock Gorleben-Ram-

Doch mit diesem Treck im März 1979 von Gorleben nach Hannover begann sich das Blatt zu wenden, Ministerpräsident Albrecht nahm öffentlich von Teilen dieser Planungen Abstand, weil er sie politisch nicht mehr für durchsetzungsfähig hielt. In Lüchow-Dannenberg begann sich eine kritische Bürgergesellschaft zu bilden, die die Region im Laufe von vier Jahrzehnten bis heute zu prägt - sozial, politisch und kulturell. Aus dem abgeschiedenen, armen, extrem konservativen Landkreis am äußersten Rande der Republik wurde das Wendland, eine lebendige und selbstbewusste Region mit einer ganz eigenen Identität.

Schon in seiner Ausstellung "Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach" hat sich das Gorleben Archiv damit befasst, welche Spuren der Gorleben-Konflikt im Leben jener Menschen hinterlassen



192 Seiten 20 Euro ISBN:

▶ 978-3-928117-90-6

hat, die Teil der bunten Protestbewegung waren und sich noch immer so fühlen. Welche Erfahrungen haben sie gemacht, was hat sich in ihrem Leben, in ihrem Lebensumfeld dadurch verändert? Wie haben sie selbst sich dadurch verändert?

Der jetzt erscheinende Begleitband "Mein lieber Herr Albrecht...!" vertieft diese Arbeit. Im Mittelpunkt des reich bebilderten Buches stehen ausführliche Gespräche mit 34 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Sie alle haben in irgendeiner Weise eine Rolle beim Aufblühen des entlegenen Landstriches gespielt, in Dorfgemeinschaften und Landwirtschaft, in politischen Organisationen und der Kirche, als Kulturschaffende oder Beamte. Sie haben Auseinandersetzungen mit der Obrigkeit nicht gescheut und Kontroversen mit politischen Freunden ausgetragen, immer wieder neue Initiativen ins Leben gerufen und Projekte gestartet.

So haben sie an einem Veränderungsprozess mitgewirkt, den die Betroffenen selbst im Buch als "Aufblühen" einer Region oder das "Erwachen" aus einem "Dornröschenschlaf" charakterisieren. Ein Prozess, der auch von schmerzhaften Erfahrungen begleitet wurde. Die Zeitzeugen erzählen sehr offen davon, wie das Thema Gorleben Familien spaltete, Freundschaften zerstörte, zum Verlust der politischen Heimat führte und nicht selten auch mit schwierigen inneren Konflikten verbunden war.

Im Laufe der Zeit hat diese Bewegung nicht nur die deutsche Atompolitik beeinflusst, sie ist auch zu einer neuen selbstbewussten Zivilgesellschaft herangewachsen. Zwei Dinge zeichnen sie aus: Zum einen das beharrliche Lernen. Einer der Gesprächspartner fasste das so zusammen: "Das Wendland wurde zu einer permanenten Volkshochschule." Zum anderen entwickelte und testete die Widerstandsbewegung unausgesetzt neue Formen der Basisdemokratie. Das macht das Wendland inzwischen zum Forschungsobjekt, beispielsweise für das Institut für Demokratieentwicklung an der Uni Hannover. Das Buch ist wie die Ausstellung "40 Jahre Gorleben-Treck" ein Ergebnis aus der Zusammenarbeit des Gorleben-Archivs mit dem Institut. Es beschreibt eine technikgläubige Ära aus der Sicht von Menschen, die gleichzeitig Betroffene und Akteure gewesen sind. Eine Ära, in der ein kleiner Landkreis an einem Kapitel der deutschen Demokratiegeschichte mitgeschrieben hat.

Kooperationspartnerin ist die "Stiftung Leben & Umwelt (SLU) - Heinrich Böll Stiftung Niedersachen". Der Landkreis Lüchow-Dannenberg fördert das Projekt und die Bäuerliche Notgemeinschaft unterstützt es durch eine großzügige Spende.

Der erste Tag X

Vor 35 Jahren wurde der erste Atommüll ins Wendland gebracht

Geschichte Als im Herbst 1984 der erste Atommülltransport ins Wendland rollte, wurden die dortigen Atomkraftgegner von der Fuhre schier überrumpelt. Die Kommunikation war schwierig, die Polizei rigoros. Doch schon 24 Stunden später hatte sich der Widerstand gut aufgestellt. Wolfgang Ehmke erinnert sich.

8. Oktober 1984: Um 8.42 Uhr am Morgen verlassen vier Tieflader das AKW Stade. Beladen mit 210 Zweihundert-Liter-Fässern macht sich der Transport mit schwachradioaktivem Müll auf den Weg ins Zwischenlager Gorleben.

Der erste "Tag X" für das Wendland ist da. Mit Telefonketten versuchen die Atomkraftgegner/-innen, zu mobilisieren und die erste Atommüllfracht aufzuhalten.

Doch in Zeiten ohne Mobiltelefon und Internet ist das schwierig. Trotzdem machen sich Unterstützer/-innen aus Hamburg auf den Weg nach Stade. "Um 8.15 Uhr kamen wir an den beiden Beobachtungspunkten an. Fünf Minuten später wurden wir zusammen mit den vier über Nacht anwesenden Hamburger AKW-Gegner/ -innen von zehn Zivilpolizisten aus Stade und Cuxhaven festgenommen", erinnert sich Mathias in einem Gedächtnisprotokoll. Die Autos werden durchsucht, Adresslisten und ein Radio beschlagnahmt. Die Atomkraftgegner/-innen sollen daran gehindert werden, eine Telefonkette auszulösen.

Es ist tatsächlich nicht einfach, den Transport zu stoppen, der mit hoher Geschwindigkeit und nicht wie erwartet über die Bundesstraße 216 von Lüneburg nach Dannenberg und dann weiter zum Zwischenlager fährt, sondern sich in Richtung Uelzen bewegt und sich von Süden her Gorleben nähert. Die letzten zwei Kilometer brettert er über einen Waldweg. Trotzdem gelingt es 250 Demonstrant/-innen und einigen Landwirten, den Konvoi vor der Einfahrt ins Zwischenlager kurz zu stoppen.

Schon am nächsten Tag gegen 11.10 Uhr verlässt der zweite Transport das AKW Stade. Fünf Sattelschlepper sind es, begleitet von 50 Polizeifahrzeugen aller Art: gepanzerte Räumfahrzeuge, Hundestaffel, ein Reisebus voller Polizisten, Wasserwerfer, was die Polizei so zu



1983, kurz vor der Ankunft des ersten Atommülltransports mit schwachradioaktivem Abfall aus dem AKW Stade, ist das Zwischenlager in Gorleben noch im Bau. Die erste Einlagerung von strahlenden Abfällen, der erste "Tag X", erfolgt im Oktober 1984.

bieten hat. Nun sind deutlich mehr Demonstrant/-innen auf den Beinen als am ersten Tag. Schon in der Nacht werden an zahlreichen Punkten Barrikaden errichtet, so dass der zweite Konvoi viele Umwege fahren muss. Es gelingt sogar, den Transport zunächst in Wustrow, später auch auf der "Rondell" genannten Kreuzung kurz vor Gorleben zu stoppen.

Die Polizei geht äußerst rabiat gegen vermutete und tatsächliche Atomkraftgegner/-innen vor. 65 Festnahmen, 90 Personalienfeststellungen und sechs Ingewahrsamnahmen listet der Ermittlungsausschuss Gorleben auf. Am 14. Oktober gibt es in Lüchow eine Kundgebung, auf der der "Ausnahmezustand" angeprangert wird, den die 2000 Polizisten inszenierten. Dass

es eines Tages bis zu 16 000 Uniformierte werden würden, um die Castor-Transporte durchzusetzen, konnte sich an dem Tag niemand ausmalen...

Zu diesem Zeitpunkt sind die Peinlichkeiten am Rande noch nicht bekannt: Dass das Einfahrtstor der Halle zu klein dimensioniert wurde, war schon nach einem Probelauf belächelt worden. Dass aber eins der Fässer den zulässigen Grenzwert um das 7,5-fache überstrahlt und daraufhin den Weg nach Stade zurück antreten muss, ist weniger witzig. Aber dass nach dem ersten Einlagerungsbetrieb der großporige Hallenboden aufbricht, ruft ungläubiges Staunen hervor. Das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg muss daraufhin das Zwischenlager für unbestimmte Zeit schließen.

Nuclear Power? Nej tak! Non Merci! Nein Danke! Anti-Atom-Initiativen gibt es weltweit. Große, bekannte Gruppen sind darunter, vor allem aber sehr viele kleine, regionale, weithin unbekannte. Und dann gibt es noch die eine amerikanische Initiative, die hierzulande kaum jemand kennt, deren wenige Mitglieder aber weltberühmt sind: MUSE. Es berichtet **Andreas Conradt**

ie Abkürzung steht für Musicians United for Safe Energy, vor vierzig Jahren in den USA ins Leben gerufen von den Singer-Songwritern Jackson Browne, David Crosby und Graham Nash, der Blues-Legende Bonnie Raitt, dem Komponisten und Musiker John Hall sowie dem Anti-Atom-Aktivisten Harvey Wassermann. Ehrgeiziges Ziel von MUSE: ein Musikfestival gegen Atomkraft.

Anlass war die Havarie des Reaktors Three Mile Island ein halbes Jahr zuvor, im März 1979. Ganze Landstriche entgingen damals nur haarscharf einer Katastrophe, die drohende Kernschmelze war aber an vielen Orten der Welt Anlass für Proteste und, wie später Tschernobyl und Fukushima, bestätigte die Befürchtungen einer weltweit aufkeimenden Anti-Atom-Bewegung. Auch die Musicians United waren 1979 wütend, wollten warnen und aufrütteln. Die brodelnde Stimmung sorgte damals dafür, dass auch der Pop politisch Stellung bezog. Oder besser: es wieder mal tat:

Bei den von MUSE organisierten No-Nukes-Konzerten im September 1979 in New York stand auch Gil Scott Heron mit seinem "We almost lost Detroit" auf der Bühne, einem Stück, dass sich auf den viel früheren Beinahe-GAU

in Michigan im Jahr 1966 bezieht, als der Kern des Schnellen Brüters Fermi 1 teilweise durchschmolz. Auch damals

BEHEFIT FOR A NOW HUCLEAR FUTURE

standen die USA am Rand der Apo-

kalypse.

JAMES TAYLOR NO NUKES MUSE CONCERT 1979



in halbes Jahr nach dem Unfall in Harrisburg stellte MU-SE also in New Yorks Madison Square Garden und auf einer Brachfläche in Manhattan das gigantische No-Nukes-Festival vor knapp 300 000 Fans auf die Beine: An fünf Abenden gaben sich berühmte Musikgrößen die Mikrofone in die Hand oder traten gleich gemeinsam auf.

"Wut, aber auch Widerstand", so beschreibt der deutsche Kulturredakteur Ralf Dorschel die Stimmung beim No-Nukes-Festival vor vierzig Jahren. Und auch wenn die meisten der Künstler/-innen damals schon dick im Geschäft waren, so teilten sie doch alle die Sorge der Menschen vor der Bühne. Sie wollten aktiv ins Geschehen eingreifen und den Protest überall im Land initiieren und nach Kräften unterstützen. "Die Leute begreifen", so Graham Nash, "dass sie echte Macht haben und über ihr Schicksal mitbestimmen können, wenn sie erstmal anfangen, Widerstand zu leisten. Nach Vietnam, nach der Bürgerrechtsbewegung, nach der Schwulen- und Lesbenbewegung wissen die Menschen, dass sie mitreden können bei der Frage, was in Zukunft mit ihnen passiert."

ckerbissen. So fungierten die Doobie Brothers als ungewohnte Begleitband für viele der großen Künstler, aber auch für Duette und Acts, die so danach nie wieder stattfanden. Und auch die vielleicht erste grüne Hymne der Pop-Geschichte - "Power" von John Hall, in New York im Duett gesungen mit James Taylor - kam im Madison Square Garden auf die Bühne. John Hall übrigens, einst Songwriter für Janis Joplin und Bonnie Raitt, dann Hitmacher für die Band Orleans und unter eigenem Namen, hat der Musik später den

durch den Unfall im uch musikalisch war das No-Nukes-Festival ein Le-Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg, wurde die Mär von der sicheren Energiegewinnung erneut widerlegt. Die politisch denkenden unter den amerikanischen Musikern wollten das nicht unkommentiert lassen. "Wir kamen 1979 zusammen, um mitzuhelfen, Atomkraft zu stoppen", äußerte MUSE später in einer Pressemitteilung. "Wir sahen sie als die ultimative, ungeeignete Technologie: unsicher, ungeeignet und unnötig!"

Nur 13

Jahre später,

Rücken gekehrt und wurde hauptberuflich Anti-Atom-Aktivist und Experte für Erneuerbare Energie. 2007 wurde er sogar ins US-Repräsentantenhaus gewählt und war einer der versiertesten Warner vor dem Klimawandel. Überhaupt war und ist fundiertes Wissen der Musiker/-innen um naturwissenschaftliche Zusammenhänge bis heute ein Charakteristikum von MUSE. Sie parlieren lässig über Halbwertzeiten und Reaktortypen, über Atommülllagerung und Energiegewinnung aus Sonne und Wind.

Denn auch wenn es viele politisch angehauchte Rock- und Popfestivals gegeben hat, so war die Qualität des No-Nukes-Festivals doch eine höhere: Beinahe alle Künstler/-innen in New York wussten im Detail um die Gefahren der Atomkraft - und wogegen sie kämpfen und was sich ändern muss: "Die großen Konzerne haben viel mehr Einfluss auf die Arbeit der Regierung als uns klar ist. Aber wir machen die Regeln, wir können sie auch ändern. Alles ist möglich", so der Gitarrist Rusty Young von Poco. Songwriter Jesse Colin Young forderte sogar den Systemwechsel: "Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass unsere Politiker diesen Kampf für uns führen werden. Unsere Probleme begannen, als wir alle Macht delegiert haben. Unsere einzige Chance ist, diese Macht zurückzuholen." Von MUSE-Mitbegründerin Bonnie Raitt ist der Satz überliefert, der wie eine Inschrift über dem No-Nukes-Festival zu schweben scheint: "Atomkraft zu stoppen ist nicht eine Sache unter vielen. Es ist eine zwingende Notwendigkeit."

ie vier Abende im Madison Square Garden vor jeweils rund 25 000 Menschen und das große Open-Air-Konzert in Manhatten vor rund 200 000 Fans waren Sternstunden der amerikanischen Westcoast-Popkultur. Unter den Gästen von MUSE waren Größen wie Crosby Stills and Nash, Gil Scott Heron, James Taylor, Carly Simon, Peter Tosh, die Doobie Brothers, Soul-Diva Chaka Khan, Jesse Colin Young, Tom Petty, Dan Fogelberg, Poco – und auch Bruce Springsteen mit seiner E-Street Band. Die Aufzeichnung seines Gigs gilt als erster vollständiger und technisch sauberer Live-Mitschnitt vom Boss und steht seit Kurzem auf Springsteens Archiv-Website zum Download zur Verfügung. Heute wie damals gehen zwei Dollar pro Download an den Kampf für Erneuerbare Energien.

nd auch wenn die Macher von MUSE nach den New Yorker Konzerten 1979 vor allem im Hintergrund gegen die Atomkraft arbeiteten und dabei Fäden zogen und Dollars bereitstellten – nach der neuerlichen Atomkatastrophe 2011 in Fukushima hielt es keinen von ihnen mehr im Sessel. Wieder gab es ein Riesenkonzert, dieses Mal in Kalifornien, das im Übrigen völlig autark mit grünem Strom versorgt wurde. Das karge Ambiente einer improvisierten Pres-

sekonferenz in viel zu kleinem Raum und an viel zu kleinem Tisch gibt beredt Auskunft über die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Musiker/-innen auch heute noch dem Kampf gegen die Atomkraft widmen. TV-Bilder zeigen dieselben Künstler/-innen wie 1979, buchstäblich Schulter an Schulter und mit über-

aus ernsten Minen. "Wenn man verstanden hat, dass Strahlung bis zu 280 000 Jahre lang tödlich ist, dann bleibt der Kampf dagegen immer weiter aktuell", sagte Jackson Browne. "Auch ich habe 1979 gedacht, wir hätten diesen Kampf schon fast gewonnen. Aber jetzt bin ich sauer! Die Industrie hat damals gesagt: 'Gebt uns ein paar Jahre, um das Problem zu lösen!' Aber dann haben sie einfach weiter gemacht, haben Grenzwerte senken und Sicherheitsregeln beseitigen lassen. Und sie haben Geld genug, um die Meinung der Leute zu beeinflussen."

Sich dagegen zur Wehr zu setzen, sei auch Aufgabe von Künstlerinnen und Künstlern, sagte Bonnie Raitt: "Neben dem Erreichen von Aufmerksamkeit und dem Sammeln von Geld, können wir als MUSE das unglaubliche Netzwerk an lokalen und landesweiten Initiativen unterstützen."

it den No-Nukes-Konzerten unter dem Zeichen der lachenden Sonne wurde 1979 Musikgeschichte geschrieben, weil ein paar langhaarige, rebellische und unflätige Künstler/-innen plötzlich über todernste Dinge sprachen und nicht mehr über Sex and Drugs and Rock'n'Roll. Bonnie Raitt: "Wir müssen die Informationen immer wieder aufs Neue verbreiten. Wir müssen von Tür zu Tür gehen. Und das haben wir alle mit unseren Konzerten in den letzten dreißig Jahren getan. Lasst uns diese Debatte weiterführen und sie in den Nachrichten halten."





Wenn Land, dann Wendland

Portrait Cecile Höfges ist keine Gorleben-Aktivistin der ersten Stunde. Aber sie hat einen Mann geheiratet, der schon seit seiner frühen Jugend aktiv im Widerstand war und der ihr das Wendland schmackhaft gemacht hat. Und natürlich waren beide bei den Demos gegen die Castortransporte dabei. Wilma Wallat hat sie getroffen.

Nach beruflichen Stationen in Düsseldorf, Braunschweig und Hannover entschieden Cecile und ihr Mann, den gemeinsamen Traum vom "alten Haus auf dem Land" umzusetzen. Dafür kam aus politischen Gründen nur das Wendland in Betracht. Das war für Cecile, die in einer fortschrittlichen, linksorientierten Familie groß wurde, selbstverständlich. Ceciles Mann zog mit seinem Handwerksbetrieb 2006 komplett nach Beesem. Sie selbst, in unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten bei den Grünen, pendelte noch zehn Jahre zwischen - zuletzt - Hannover und dem Wendland hin und her. Nach dem Abschied von der letzten beruflichen Station hatte sie endlich Zeit für ehrenamtliches, politisches Engagement.

Da passte es gut, dass der studierten Kunsthistorikerin die Nachfolge von Axel Kahrs im Künstlerhof Schreyahn angeboten wurde. Mit einer Teilzeitstelle übernahm sie 2017 die künstlerische Leitung der Stipendiatenstätte. Der Künstlerhof wird mit öffentlichen Mitteln (Samtgemeinde und Land Niedersachsen) finanziert. Ceciles Aufgabe ist die Betreuung von Stipendiaten - Komponisten und Autoren - und die Planung von Veranstaltungen. Berufliches und Politisches zu verbinden, ist ihr wichtig. So lernen die Stipendiaten das Wendland immer auch mit einem Besuch der Atomanlagen kennen. Vor allem die jüngeren von ihnen wissen sehr wenig über das Thema Gorleben.

In Kooperation mit dem Gorleben Archiv fanden Veranstaltungen zum Beispiel zum Hannover-Teck statt. Auch einige Texte der Stipendiaten-Autoren thematisier(t) en "Gorleben", und einzelne wurden damit bekannt! Wünschen würde sich Cecile mehr Kooperationspartner und -möglichkeiten für den Künstlerhof. So könnten beispielsweise bei Kooperationen mit Schulen attraktive Aktivitäten für Schülerinnen und Schüler außerhalb des Lernorts angeboten werden.

Ein Thema, das Cecile am Herzen liegt, ist die "Quote": Frauen seien vor allem im literarischen Bereich – als Autor/-innen oder im Verlagswesen – immer noch unterrepräsentiert, dabei seien sie als Leserinnen in der Mehrheit.

Cecile engagiert sich in der Bl in der AG, die den Gorleben-Tag während der KLP vorbereitet. Dort kann sie ihre organisatorischen Fähigkeiten gut einbringen. Außerdem ist sie für die Grünen im Gemeinderat Luckau aktiv. Dort geht es zurzeit um die Verhinderung des geplanten Schlachthofes

Den Umzug aus der Stadt ins Wendland hat Cecile nie bereut, aber was sie überrascht und auch ein wenig enttäuscht hat: Dem Selbstverständnis der widerständigen Wendland-Szene, politisch und ökologisch korrekt zu sein, entspricht das Alltagshandeln, so beobachtet sie, oft nicht:

Da treffen sich bei einer Veranstaltung im Kulturzentrum Platenlaase drei Menschen aus einem Dorf, die in drei PKWs angefahren kommen.

Da fliegt man gern auch mal in ferne Länder.

Da werden alte Höfe hübsch gemacht, aber nicht unbedingt mit ökologischen, klimafreundlichen Materialien und Methoden.

Ihr Resümee: "Es geht nicht ohne Verzicht, wenn man Umwelt und Klima schützen will!"

Das Gespräch fand in der Jeetzel-Buchhandlung in Lüchow statt, bei der sich Cecile und Wilma für die Gastfreundschaft sehr herzlich bedanken möchten.





Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Rosenstraße 20 ● 29439 Lüchow Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr ● Di, Do: 9 – 18 Uhr ☎ 05841 - 4684 buero@bi-luechow-dannenberg.de



Noch kein Geschenk?

www.bi-luechow-dannenberg.de

Dann los zum Weihnachtsmarkt in Gartow: Am 14. Dezember ab 14 Uhr:

Unsere beliebten Öko-Textilien mit der Wendlandsonne umschmeicheln Körper und Seele. Gut für die Umwelt, gut für die Näher/-innen, gut für flauschige Abende – und die BI kann auch ihre Stube warmhalten. Zum Verschenken oder selbst beschenken.

Ihr findet eine beachtliche Auswahl auch im BI-Büro, bei Pfoten & Co in Lüchow, im Querbeet in Clenze, im OIKOS in Dannenberg und in der Bio-Insel in Hitzacker.

Ausgeschlafen?

 Januar 2020, 14 Uhr Neujahrsempfang an den Atomanlagen

Traditionelle erste Versammlung des Jahres: Nette Menschen treffen, gute Wünsche teilen und bei Punsch und Gebäck warm machen für das neue Protestjahr.



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Str	aße	Hausnummer
PL	Z, Ort	E-Mail
Da	tum	Unterschrift
	•	rn der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahme- g Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).
	lch möchte die "Gorleben Rundschau" k material unregelmäßig zugeschickt bekor	ünftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Info- nmen (jew. kostenlos).
	☐ einmalig EUR	en) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:
		Name der Bank
	BIC	IBAN
	Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per	: Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Name...... Vorname......



Bitte das ausgefüllte Formular per Post an: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 · BIC: NOLADE21UEL